



Energiepass ohne Wenn und Aber Ab ans Haus-gemachte

Der Energiepass kommt nach Fahrplan. Die Bundesregierung hat klar gemacht, dass sie an dem in der EU-Gebäuderichtlinie genannten Starttermin 4. Januar 2006 festhält. Der Bremsfallschirm einer Anpassungsfrist von bis zu drei Jahren wird also nicht gezogen. Und das ist gut so. Einerseits profitieren Umwelt, Gesellschaft und Volkswirtschaft. Andererseits wäre die einzige in der EU-Richtlinie vorgesehene Begründung, dass „qualifiziertes und/oder zugelassenes Personal nicht oder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht“, ein Schlag ins Gesicht der TGA-Branche und anderer Berufsgruppen. Bleibt zu hoffen, dass nicht wieder einmal „nachgebessert“ wird.

Noch wichtiger ist, dass der Energiepass nicht als Reglementierung oder als verordnete Disziplinierung bei den verpflichteten Empfängern oder sogar bei den eigentlichen Nutznießern, den Mietern, ankommt. Das wird nicht einfach sein, denn trotz „groß angelegter und hinsichtlich Strategie und Ansprache angepasster breitenwirksamer Kampagne“ durch die dena, besitzt sie nicht die Kommunikationshoheit in der Zielgruppe. Es sollte deswegen offen besprochen werden: Es geht nicht nur um Transparenz beim Verbraucher bezüglich seiner Energiekosten, es geht auch um die Herausforderung der Gesellschaft nachhaltig Energie zu sparen und damit schädliche Emissionen zu reduzieren. Und es geht um Aufträge für die Bauwirtschaft. Das schließt eine Win-Win-Win-Situation allerdings nicht aus.

Am 15. November auf einer Pressekonferenz nannte Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energieagentur, dena, seine Benchmark für die Kosten eines Energiepasses: 150 Euro pro Wohngebäude ohne Förderung für das vereinfachte bedarfsorientierte Verfahren, unabhängig davon, ob es sich um ein Einfamilienhaus oder ein größeres Wohngebäude handelt. Zur Begründung des „Einheitspreises“: Die Aufnahme der Gebäudegeometrie und die Wiederholung bei Mehrfamilienhäusern würden sich mit der komplizierteren Gestalt von Einfamilienhäusern aufwiegen.

Dieser Preis ist heiß. Prof. Dr.-Ing. Gerd Hauser hält beispielsweise für einen geübten Energieberater einen Aufwand von drei bis vier Stunden für realistisch, entscheidende Faktoren sind aus seiner Erfahrung die Flächenermittlung und die An- und Abfahrtszeiten. 150 Euro dürften also wohl eher den unteren Rand eines Orientierungswertes darstellen. So waren die dena-Kooperationspartner in der Energiepassinitiative Deutschland (EID) nach Kohlers Vorpreschen auch um Schadensbegrenzung bemüht. Vielleicht hilft der Blick nach Dänemark: Hier liegt die staatlich festgelegte Obergrenze für den Energiepass im Einfamilienhaus bei 225 Euro zzgl. 25 Euro für eine Qualitätssicherung.

Konsequenzen für den Empfänger hat der Energiepass unmittelbar keine, soll aber Handlungen auslösen. Über 30% der in Deutschland verbrauchten Endenergie konsumieren Privathaushalte für Heizung und Warmwasser. Diese Haus-gemachten Emissionen müssen und können deutlich und auch wirtschaftlich gesenkt werden. Vielfach ist das aber schlichtweg nicht bekannt. Nach einer Studie der Programmgruppe STE, Forschungszentrum Jülich, liegt die Sanierungseffizienz bei nur 37%: Zwei Drittel aller Sanierungen verfehlen die Vorgaben aus Verordnungen und nutzen die darin berücksichtigte Wirtschaftlichkeit nicht aus. Diese Defizite lassen sich vermutlich auch nicht mit der „Massenausstellung“ von Energiepässen beseitigen, denn in 225 Euro können eine Erläuterung und eine individuelle Beratungsleistung nicht enthalten sein. Ein möglichst einfacher Energiepass könnte aber ein erstes grobes Raster sein. Erst eine wirkliche Energieberatung für die vorsortierten Gebäude mit ausgearbeiteten Maßnahmenvorschlägen könnte dann tatsächlich zu mehr Energieeffizienz führen.

Ihr

Jochen Vorländer